Binswanger

It's the economy, stupid!

Über Populismus wird viel gestritten – und zur Not ein Diagramm gemacht. Doch es gibt interessante Ansätze, die die Debatte voranbringen.

Von Daniel Binswanger, 16.03.2019

Was ist Populismus? So lautet die Schicksalsfrage unserer Zeit. Geht es um Globalisierungsverlierer und ökonomische Unsicherheit – also eine Neuartikulation von verteilungspolitischen Konfliktlinien? Geht es um ethnische oder kulturelle Zugehörigkeit und die steigende Diversität der Gesellschaft – also um Migration, Multikulturalität und den weissen Backlash? Geht es um den Wertewandel, Feminismus, die LGBT-Bewegung – und eine autoritäre Gegenreaktion von patriarchalischen Kräften? Oder um alles ein bisschen? Sämtliche Thesen werden vertreten, debattiert, durch dicke Studien bewiesen und widerlegt. Um dem Populismus entgegentreten zu können, müssen wir seine Ursache kennen. Doch bereits an der Gretchenfrage *class* oder *identity* scheiden sich weiterhin die Geister.

Was macht man in solchen Fällen? In aller Regel ein Diagramm. Eine Smartspider, ein paar bunte Balken, einen *scatter plot*. Was immer wir grafisch darstellen, fühlt sich gleich viel übersichtlicher an. Zudem kann man es ganz zeitgemäss als Datenjournalismus bezeichnen. Willkürliche methodische Entscheidungen, erratische Gewichtungen, irrelevante Sample, Verzerrungsfaktoren, mangelnde Vergleichbarkeit, beliebige Ad-hoc-Kriterien: Kann alles in einer Fussnote versenkt werden – oder am besten gleich gänzlich ignoriert.

Ein interaktives Quiz, das die Website des «Tages-Anzeigers» vor ein paar Tagen aufgeschaltet hat, ist wunderbar populär. Nach Beantwortung von nur ein paar wenigen Fragen will das magische Tool den Leser nicht nur präzise auf einer Links-Rechts-Achse situieren können – sondern auch

noch eruieren, wie populistisch oder eben nicht populistisch seine politischen Präferenzen sind. Raffinierte Fragen im Stil von «Ist Patriotismus wichtig?» oder «Ist freie Marktwirtschaft wichtig?» sollen das politische Profil erfassen und einen Vergleich der eigenen Positionierung mit Chefideologen wie Trump, Orbán oder gar Roger Köppel erlauben. Das ist grossartiger Humbug, der durchaus unterhaltend wäre, bestünde nicht die fatale Gefahr, dass manche Leute ihn ernst nehmen (*full disclosure*: Mein eigener Datenpunkt im «Tagi»-Test ist praktisch identisch mit dem von Obama – was auch immer das besagen mag).

Aber es gibt trotz aller Widrigkeiten auch hilfreiche Versuche, dem Epochenphänomen des Populismus auf den Grund zu gehen. Einen der vielversprechendsten stellt das neue Buch des Bremer Politologieprofessors Philip Manow dar. Seine «Politische Ökonomie des Populismus» hebt die Diskussion über Elitenversagen, Demokratiegefährdung und Migration auf ein neues Niveau. Manow legt ein Erklärungsmodell vor, das für die populistische Dynamik länderübergreifende, komparative Perspektiven entwickelt, auf stringente Weise verschiedene Ursachen differenziert und die gewaltigen Unterschiede zwischen Manifestationen des Populismus in verschiedenen Ländern plausibel machen kann.

Manows Grundansatz ist ökonomisch. Er geht aus von der Hypothese, dass letztlich immer wirtschaftliche Entwicklungen den Ausschlag geben für politische Radikalisierung. Allerdings entwickelt er ein Modell, das keine weltumspannende Pauschalthese aufstellt (Stichwort «Globalisierungsverlierer»), sondern zeigt, wie die je verschiedenen wirtschaftlichen und sozialstaatlichen Strukturen der Länder dafür verantwortlich sind, dass sich auch ganz verschiedene Formen des Populismus – insbesondere links- oder rechtspopulistische – entwickeln können. Manow nennt es das «Anna-Karenina-Prinzip» des Populismus, was besagen soll, dass «jede politische Ökonomie auf ihr ganz eigene Art unglücklich ist».

Das Hauptargument gegen die gängigen ökonomischen Erklärungsmodelle liegt darin, dass populistische Bewegungen mittlerweile in sehr vielen Ländern des Globus an Wichtigkeit gewinnen, dass deren wirtschaftliche Situation jedoch kaum unterschiedlicher sein könnte. Die Schweiz und Österreich sind zwei sehr prosperierende Länder – und dennoch zu Vorreiterinnen des Rechtspopulismus geworden. In vergleichbarer Weise erlebte Deutschland eine beispiellose Dauerkonjunktur – und simultan den Durchbruch der AfD.

Doch der Populismus ist nicht nur in den reichen Ländern Kontinentaleuropas anzutreffen. Im von der Euro-Krise gebeutelten Süden dominieren linkspopulistische Bewegungen. Im ökonomisch sehr viel fragileren Osteuropa dominiert eine illiberale Rechte. Italien bringt es sogar zustande, simultan von eigentlich konträren Varianten des Populismus beherrscht zu werden: von der Lega im Norden, von Cinque Stelle im Süden. Und dann ist da noch der Sonderfall des Vereinigten Königreichs.

Wie bringt man alle diese Phänomene in ein Erklärungsschema? Manow stützt sich auf die von Dani Rodrik entwickelte «Kompensationstheorie» der Globalisierung. Je nach Wirtschaftsstruktur sind die Länder auf unterschiedliche Weise von der Globalisierung betroffen. Und je nach Sozialstaatstypus können sie ihrer Bevölkerung Schutz gegen negative Entwicklungen bieten. Zunächst ist zu unterscheiden zwischen Exportnationen (Nord- und Kontinentaleuropa) und mehr auf Binnenkonsum ausgerichteten Ländern. Erstere werden den Freihandel und die wirtschaftliche Offenheit bejahen, während Letztere empfänglich sind für einen linken Antiglobalisierungsdiskurs. Das ist der Fall in Südeuropa, wo

linkspopulistischer Widerstand gegen das Austeritätsdiktat der EU auf Resonanz stösst.

Die Beschaffenheit des Sozialstaates wiederum hat starke Auswirkungen auf die Toleranz gegenüber Migration. Gut ausgebaute und für Migranten zugängliche Sozialstaaten befördern die rechtspopulistische Abwehr. Das ist der Fall in Ländern wie Schweden, Deutschland oder der Schweiz. Die südeuropäischen Länder verfügen auch über ausgebaute Sozialstaaten, die aber weniger universalistisch und viel stärker klientelistisch organisiert sind. Migranten haben nur in begrenztem Masse Zugang. Stattdessen gibt es einen grossen informellen Arbeitsmarkt, der sie als Billigstlohnkräfte ausbeutet. In solchen Ländern ist der migrationsfeindliche Rechtspopulismus deutlich schwächer als im Norden.

Die Struktur des Arbeitsmarkts und des Sozialstaats hat auch grossen Einfluss darauf, wer für den Populismus mobilisierbar ist. In Staaten mit starken Sozialversicherungen, also zum Beispiel Deutschland, sind es hauptsächlich die bedrohten Insider: Nicht Arbeitnehmer am untersten Ende der Lohnverteilung, sondern zum Beispiel Facharbeiter, die sich davor fürchten, eines Tages aus dem System herauszufallen. In einem Land hingegen mit relativ schwacher Sozialversicherung und liberalem Arbeitsmarkt, also zum Beispiel Grossbritannien, sind es viel stärker die unqualifizierten Arbeitskräfte, die mit den Migranten um schlecht bezahlte Servicejobs konkurrieren. Je nach System sind nicht die «Globalisierungsverlierer» gegen Migranten zu mobilisieren, sondern vielmehr die Systeminsider, die noch etwas zu verlieren haben.

Was folgt daraus? Populismus nimmt völlig irrationale Formen an – aber er hat in der Regel einen rationalen, ökonomisch motivierten Kern. Wer sich nur am Phänotyp seines schlechten Stils aufreibt, kann ihn nicht bekämpfen. Populismus reagiert immer auf ein wahrgenommenes Defizit ökonomischer Schutzleistungen des Staates. Wer ihn nicht triumphieren lassen will, muss sich die Mittel geben, dieser Wahrnehmung entgegenzutreten.

Illustration: Alex Solman

Diskutieren Sie mit Daniel Binswanger

Stimmen Sie mit seinen Einschätzungen überein, oder erscheinen Ihnen seine Argumente nicht schlüssig? Sind bestimmte Ausgangshypothesen falsch? Entbrennt in Ihnen heftiger Widerspruch? Und welche Themen vermissen Sie in seiner Kolumne? Hier geht es zur Debatte.